

LX 23. Nov. 90 17

p.B.72.9.15.1.(27) - DUR/GRS

Bern, den 23. November 1990

VertraulichDie KSZE auf dem Weg zum Pariser GipfelEDA

- Herr Bundesrat Felber
- Herr Staatssekretär Jacobi
- Herr Botschafter Keusch
- Herr Botschafter Krafft
- Herr Botschafter Manz
- Herr Generalsekretär Schaller
- Herr Botschafter J. Staehelin
- Herr Botschafter Ducrey
- Herr Minister von Arx
- Herr Minister Lautenberg
- Herr Minister Godet
- Herr Pache
- Herr Vigny
- Herr Widmer
- Sekretariat BRF
- Integrationsbüro
- Europarats-Dienst
- KSZE-Dienst

EVD

- BAWI
- Herr Botschafter Arioli
- Herr Mazenauer

EMD

- AFM
- Herr Oberst i Gst Schärli

Diplomatische Vertretungen in

Ankara	Bukarest	Luxemburg	Prag
Athen	Den Hag	Madrid	Rom
Belgrad	Dublin	Moskau	Sofia
Berlin (DDR)	Helsinki	Nikosia	Stockholm
Bonn (2 x)	Kopenhagen	Oslo	Washington (2 x)
Brüssel	Lissabon	Ottawa	Warschau
Budapest	London	Paris (2 x)	Wien

- Ständige Vertretung der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- Ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen, Genf
- Ständige Beobachtermission der Schweiz bei den Vereinten Nationen, New York
- Schweiz. Vertretung bei den VVSBM/KSZE, Wien

p.B. 72.9.15.1.(27) - DUR/GRS

Bern, 23. November 1990

Die Arbeiten im KSZE-PrepCom vom 5. - 17. November 1990

An einer vom Vertreter Oesterreichs vorgeschlagenen ausserordentlichen Plenarversammlung wurde am 7. November beschlossen, dass die drei Arbeitsgruppen ihre Arbeiten bis zum Freitag, 9. November abschliessen müssen und dass ab Sonntag nur noch eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des vierten Koordinators (Botschafter M. Vukovich, Oesterreich), zusammentritt. Der vierte Koordinator hat der Gruppe einen Entwurf für das Zusatzdokument (Ausführungsbestimmungen für die neuen Institutionen) vorgelegt, der unter anderem die Ergebnisse von Arbeiten informeller Gruppen enthielt. Die Vorlage dieses Entwurfes wurde allgemein gutgeheissen und die Initiative des österreichischen Koordinators begrüsst.

Unter Einschaltung von Nachtsitzungen ist es den drei Koordinatoren gelungen, die Arbeiten rechtzeitig abzuschliessen. Parallel dazu fand die erste Lesung des Zusatzdokumentes statt. Die letzte Woche des PrepCom war der Finalisierung des Dokumentes gewidmet. Die Benennung gab zu langen Diskussionen Anlass. Während sich vor allem Frankreich, Deutschland und Grossbritannien für den kurzen Namen "Pariser Charta für ein neues Europa" einsetzten, wollten einige der mitteleuropäischen Staaten (Ungarn, CSFR) die Elemente des friedlichen und geeinten Europas ebenfalls im Titel aufführen. Schliesslich setzte sich der kürzere Name durch.

Am 14. November hatte Liechtenstein den Vorbehalt gegen die Errichtung eines KSZE-Sekretariats in Prag zurückgezogen, nachdem das Fürstentum Zusicherungen von Seiten der tschechoslowakischen Regierung erhalten hatte. Ebenfalls zurückgezogen hatte Jugoslawien seinen Wunsch, beim Abschnitt über die deutsche Einheit einen Satz anzubringen, wonach die Interessen anderer Staaten bei der Vereinigung des deutschen Volkes zu berücksichtigen seien; Grund dieses Anliegens waren allfällige Reparationsforderungen an Deutschland.

Gemäss Zeitplan hätte die letzte Plenarversammlung am 14. November stattfinden sollen. Da im Dokumententwurf jedoch noch Verschiedenes in Klammern stand, mussten die Verhandlungen fortgesetzt werden. Dabei war klar, dass der Zeitfaktor eine ausschlaggebende Rolle spielte. Die französische Delegation, die kurz vor Ende des PrepCom Instruktionen erhalten hatte, bei den Methoden für die friedliche Streiterledigung und der Erweiterung des Mechanismus in der menschlichen Dimension für die Schaffung eines Hohen Rates der Weisen einzutreten, setzte alles daran, wenigstens ein Minimum ihres Anliegens durchsetzen zu können. Verschiedene Delegationen, darunter die schweizerische, widersetzten sich indessen dem französischen Vorschlag. Schliesslich konnte eine Formel gefunden werden, die für alle Delegationen annehmbar war (im Falle der friedlichen Streiterledigung die Weiterverwendung der Resultate des Valletta-Treffens an den Rat der Aussenminister und beim Mechanismus in der menschlichen Dimension mit folgendem zusätzlichen Text: "... die Mitarbeit von Experten oder die Heranziehung einer Liste von hervorragenden Persönlichkeiten

mit Erfahrung in Menschenrechtsfragen..."). Bis am Schluss strittig war der Absatz über die parlamentarische Versammlung der KSZE. Die US-Delegation machte jedoch klar, dass die Haltung des Kongresses die Erwähnung des Europarates in diesem Zusammenhang verunmöglichte. Die amerikanische Regierung war somit in der peinlichen Lage, der NATO-Erklärung von London (6. Juli 1990) in diesem Punkt zu widersprechen. Dort war nämlich die Rede von einer parlamentarischen KSZE-Versammlung, die auf der parlamentarischen Versammlung des Europarates gründen sollte. Eingang ins Dokument fand die schwache Formel, wonach beim Aufbau der parlamentarischen Struktur der KSZE die Erfahrung und die geleistete Arbeit in diesem Bereich genutzt werden kann. Offen bis zum letzten Moment des PrepCom war der Dringlichkeitsmechanismus, für den sich die EG-Staaten unerbittlich einsetzten. Er sah vor, dass ein Teilnehmerstaat bei einem ernststen Krisenfall infolge der Verletzung eines Prinzips der Schlussakte oder infolge schwerwiegender Ereignisse nicht-militärischer Art ein Dringlichkeitstreffen einberufen kann, das nicht des Konsenses aller Teilnehmerstaaten bedarf. Die USA waren jedoch dagegen, vom Konsensprinzip bei der KSZE abzuweichen. Am Freitagnachmittag (16. November) wurden dem Vernehmen nach der belgische Aussenminister Eyskens und der französische Aussenminister Dumas noch beauftragt, sich bei Staatssekretär Baker, den sie an jenem Tag nacheinander trafen, für den Dringlichkeitsmechanismus einzusetzen. Auch diese Bemühungen waren indessen erfolglos. Gegen Mitternacht konnte die Klammer im Dokumentsentwurf jedoch beseitigt werden. Aufgenommen ins Dokument wurde folgender Satz: "Der Rat wird die Erarbeitung von Bestimmungen prüfen, die die Einberufung von Treffen des Ausschusses Hoher Beamter in dringlichen Situationen vorsehen". Die Absicht der EG-Staaten, entsprechende Bestimmungen bereits am Pariser Gipfel von den KSZE-Aussenministern erarbeiten zu lassen, liess sich nicht verwirklichen. Die letzten beiden Klammern betrafen die Schaffung und vor allem den Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme des Konfliktverhütungszentrums. Die US-Delegation machte deren Beseitigung von der Annahme der neuen vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen, namentlich des militärischen Informationsaustausches, abhängig. Auch dieser Punkt konnte am Samstag morgen bereinigt werden.

Die offiziöse Drohung der französischen Delegation, allenfalls den Staats- und Regierungschefs einen Dokumentsentwurf mit offenen Stellen vorzulegen, konnte vor allem dank der US-Delegation abgewendet werden. Diese hatte feste Instruktionen, nur mit einem fertigen Dokument nach Paris zu reisen. Am Samstag, den 17. November wurde der Dokumentsentwurf der Pariser Charta von den Delegationen nach der Nachtsitzung der VVSBM-Delegationen ohne Klammern angenommen.

Die Pariser Charta für ein neues Europa

Die Charta enthält drei Teile. Im ersten wird in feierlicher Sprache die Ueberwindung der Teilung Europas bekräftigt. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind fortan die Grundprinzipien aller KSZE-Teilnehmerstaaten. Wirtschaftliche Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Umwelt sind unabdingbar für das Wohlergehen aller. Im Kontext des neuen Zeitalters, das in Europa angebrochen ist, werden freundschaft-

liche Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten verankert, und das Bekenntnis zu den zehn Prinzipien der Helsinki Schlussakte wird bekräftigt. Gutgeheissen werden die Unterzeichnung des KSE-Abkommens, der gemeinsamen Erklärung zwischen zweiundzwanzig Staaten und des neuen Satzes der vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen. In einem mit "Einheit" betitelten Kapitel wird mit Wohlwollen von der Vereinigung des deutschen Volkes Kenntnis genommen. In einem weiteren Abschnitt wird die Teilnahme der nordamerikanischen Staaten am KSZE-Prozess als fundamentales Charakteristikum für diesen bezeichnet. In einem letzten Kapitel wird die Solidarität der KSZE-Teilnehmerstaaten mit allen anderen Ländern unterstrichen.

Der 2. Teil der Charta trägt den Titel "Leitsätze für die Zukunft". Im Bereich der menschlichen Dimension wird die Anerkennung der Menschenrechte und Grundfreiheiten als unwiderruflich erklärt. Um die Zusammenarbeit bei der Stärkung der demokratischen Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit zu fördern, wird die Abhaltung eines entsprechenden Expertenseminars vom 4. - 15. November 1991 in Oslo beschlossen. Die Bekräftigung des Minderheitenschutzes findet ihren Niederschlag in einem Expertentreffen über nationale Minderheiten, das vom 1. bis 19. Juli 1991 in Genf stattfinden wird und auf eine Initiative der Schweiz zurückgeht. Im Bereich der Sicherheit werden die VSBM-Verhandlungen fortgesetzt und möglichst bis zum KSZE-Folgetreffen in Helsinki 1992 abgeschlossen; ebenfalls soll die KSE-Verhandlung nach Möglichkeit bis Helsinki beendet werden. Nach einer Zeit innenstaatlicher Vorbereitung beginnen Diskussionen und Konsultationen zwischen den 34 Teilnehmerstaaten mit dem Ziel, 1992 nach Abschluss des Folgetreffens von Helsinki neue, allen Teilnehmerstaaten offenstehende Verhandlungen über Abrüstung sowie über Vertrauens- und Sicherheitsbildung aufzunehmen. Ferner werden Terrorismus und Drogenhandel verurteilt und die Intensivierung bei deren Bekämpfung bekräftigt. Bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit steht das Bekenntnis zur Marktwirtschaft im Vordergrund. Erwähnung finden die EG sowie eine Reihe von internationalen Wirtschaftsorganisationen (GATT, ECE, OECD, EFTA). Den sich im Umbruch befindenden Staaten soll Hilfe geleistet und ihre Integration ins internationale Wirtschafts- und Finanzsystem soll gefördert werden. Im Umweltbereich wird die Dringlichkeit hervorgehoben, die anstehende Probleme zu lösen und dabei denjenigen Ländern zu helfen, die dazu ausserstande sind. Weitere Kapitel sind der Kultur, den Wanderarbeitern, dem Mittelmeerraum sowie den nichtstaatlichen Organisationen gewidmet.


Im dritten Teil sowie im Zusatzdokument sind die verstärkten politischen Konsultationsmechanismen und die neuen Strukturen der KSZE enthalten. Die Staats- und Regierungschefs werden in Zukunft bei KSZE-Folgetreffen zusammenkommen, die alle zwei Jahre stattfinden und in der Regel nicht länger als drei Monate dauern sollen. Die Aussenminister treffen sich regelmässig mindestens einmal jährlich als Rat, zum ersten Mal im Juni 1991 in Berlin. Ein Ausschuss Hoher Beamter bereitet die Ratstreffen vor und trifft sich mehrmals jährlich. Ein Dringlichkeitsmechanismus für die Einberufung des Ausschusses der Hohen Beamten in Krisensituationen fand am PrepCom keinen Konsens. Der Aussenministerrat ist beauftragt, entsprechende Bestimmungen zu prüfen und gegebenenfalls anzunehmen. Für die administrative Unterstützung

- 4 -

der politischen Konsultationsmechanismen wird in Prag ein KSZE-Sekretariat mit einem Direktor und drei diplomatischen Mitarbeitern geschaffen. Ein Konfliktverhütungszentrum mit Sitz in Wien wird in seiner Anfangsphase damit betraut, die Anwendung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen zu unterstützen. Weitere Aufgaben im Zusammenhang mit der friedlichen Streitbeilegung können ihm in Zukunft übertragen werden. Sein Sekretariat besteht aus einem Direktor und zwei diplomatischen Mitarbeitern. Ferner wird in Warschau ein Büro für freie Wahlen geschaffen. Es leistet Hilfe an Wahlbeobachter und erleichtert den Kontakt zwischen diesen und den zuständigen Behörden der Staaten, in denen Wahlen abgehalten werden. Das Büro verfügt über einen Direktor und einen diplomatischen Mitarbeiter.

In der Charta wird die Schaffung einer parlamentarischen Versammlung der KSZE befürwortet. Die Parlamentarier werden aufgefordert, ihre Kontakte auf Parlamentsebene fortzusetzen, um den Tätigkeitsbereich und die Arbeitsmethoden einer parlamentarischen Struktur der KSZE unter Nutzung von der Erfahrung und der geleisteten Arbeit in diesem Bereich zu erörtern. Die KSZE-Aussenminister sind beauftragt, die Frage der parlamentarischen Versammlung bei ihrem ersten Ratstreffen zu überprüfen.

Politische Abteilung III


M. von Grünigen